

| 1960 | Ausgegeben zu Bonn am 3. Juni 1960 | Nr. 25 |
|-----------|----------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------------|--------|
| Tag | Inhalt: | Seite |
| 30. 5. 60 | Gesetz zu dem Abkommen vom 12. August 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island über den Luftverkehr | 1525 |
| 30. 4. 60 | Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Allgemeinen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates und des Zusatzprotokolls zu diesem Abkommen (Inkrafttreten für die Türkei) | 1532 |
| 12. 5. 60 | Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern | 1532 |
| 4. 5. 60 | Bekanntmachung über die Kündigung des Abkommens betreffend den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflichten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten und des Abkommens über die Entmündigung und gleichartige Fürsorgemaßregeln durch Schweden | 1532 |

Gesetz zu dem Abkommen vom 12. August 1959 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island über den Luftverkehr

Vom 30. Mai 1960

Der Bundestag hat mit Zustimmung des Bundesrates das folgende Gesetz beschlossen:

Artikel 1

Dem in Bonn am 12. August 1959 unterzeichneten Abkommen zwischen der Bundesrepublik Deutschland und der Republik Island über den Luftverkehr wird zugestimmt. Das Abkommen wird nachstehend veröffentlicht.

Artikel 2

(1) Dieses Gesetz tritt am Tage nach seiner Verkündung in Kraft.

(2) Der Tag, an dem das Abkommen nach seinem Artikel 16 Abs. 2 in Kraft tritt, ist im Bundesgesetzblatt bekanntzugeben.

Das vorstehende Gesetz wird hiermit verkündet.

Bonn, den 30. Mai 1960

Der Bundespräsident
Lübke

Der Stellvertreter des Bundeskanzlers
Ludwig Erhard

Der Bundesminister für Verkehr
Seeböhm

Für den Bundesminister des Auswärtigen
Der Bundesminister für Angelegenheiten des Bundesrates und der Länder
von Merkatz

Abkommen
zwischen der Bundesrepublik Deutschland
und der Republik Island
über den Luftverkehr

Samningur
milli Sambandslýðveldisins Þýskalands
og Lýðveldisins Íslands
um Loftferðir

DIE BUNDESREPUBLIK DEUTSCHLAND

und

DIE REPUBLIK ISLAND

IN DEM WUNSCH, den Luftverkehr zwischen ihren Hoheitsgebieten und darüber hinaus zu regeln, haben folgendes vereinbart:

Artikel 1

(1) Im Sinne dieses Abkommens bedeuten, soweit sich aus dessen Wortlaut nichts anderes ergibt,

- a) „Luftfahrtbehörde“, in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland den Bundesminister für Verkehr, in bezug auf die Republik Island den Luftfahrtminister oder in beiden Fällen jede andere Person oder Stelle, die zur Ausübung der diesen obliegenden Aufgaben ermächtigt ist;
- b) „Bezeichnetes Unternehmen“ ein Luftverkehrsunternehmen, das ein Vertragsstaat dem anderen Vertragsstaat nach Artikel 3 schriftlich als das Unternehmen benannt hat, das den internationalen Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Fluglinien betreiben soll.

(2) Die Begriffe „Hoheitsgebiet“, „Fluglinienverkehr“, „internationaler Fluglinienverkehr“ und „Landung zu nichtgewerblichen Zwecken“ haben für die Anwendung dieses Abkommens die in Artikel 2 und 96 des Abkommens über die internationale Zivilluftfahrt vom 7. Dezember 1944 festgelegte Bedeutung.

Artikel 2

(1) Jeder Vertragsstaat gewährt dem anderen Vertragsstaat zur Durchführung des internationalen Fluglinienverkehrs durch die bezeichneten Unternehmen auf den nach Absatz 2 festgelegten Linien

das Recht, sein Hoheitsgebiet ohne Landung zu überfliegen,

das Recht, in seinem Hoheitsgebiet zu nichtgewerblichen Zwecken zu landen und

das Recht, an den Punkten in seinem Hoheitsgebiet, die in den festgelegten Linien aufgeführt sind, zu landen, um Fluggäste, Post und/oder Fracht gewerblich aufzunehmen und abzusetzen.

(2) Die Linien, auf welchen die bezeichneten Unternehmen der beiden Vertragsstaaten den internationalen Fluglinienverkehr zu betreiben berechtigt sind, werden in einem Fluglinienplan festgelegt, der durch Notenwechsel zu vereinbaren ist.

SAMBANDSLÝÐVELDIÐ ÞÝSKALAND

og

LÝÐVELDIÐ ÍSLAND

SEM TELJA ÆSKILEGT að gera með sér samning um loftferðir milli landssvæða sinna og stöðva þar fyrir handan hafa orðið ásátt um eftirfarandi:

1. grein

(1) Í samningi þessum hafa eftirtalin orð þá merkingu er nú skal greina nema annað sé tekið fram í samningnum.

- a) Hugtakið „flugmálayfirvöld“ merkir, að því er Ísland snertir, flugmálaráðherra, og að því er Sambandslýðveldið Þýskaland snertir, samgöngumálaráðherra Sambandslýðveldisins, eða, að því er báða aðila snertir, hvern þann aðila eða stofnun, sem hafa umboð til framkvæmda;
- b) Hugtakið „tilnefnt félag“ merkir flugfélag, sem annað samningsríkið tilkynnir hinu samningsríkinu skriflega, í samræmi við 3. gr. þessa samnings, að sé flugfélag það sem eigi að annast millilandaflug á leiðum samkvæmt 2. lið 2. gr. samnings þessa;

(2) Hugtökin „landssvæði“, „flugrekstur“, „millilandaflug“ og „viðkoma án flutningsréttinda“ skulu, að því er samning þennan varðar, hafa sömu merkingu og tekið er fram í 2. og 96. gr. í alþjóðasamningum um flugmál frá 7. desember 1944.

2. grein

(1) Hvort samningsríki um sig heimilar hinu samningsríkinu að veita tilnefndum flugfélögum í millilandaflugi,

réttindi til flugs yfir landssvæði þess á flugleiðum samkvæmt 2. lið þessarar greinar án viðkomu;

réttindi til viðkomu á landssvæði þess án flutningsréttinda;

réttindi til þess í atvinnuskyni að taka og skila farþegum, pósti og/eða farmi á stöðvum þeim innan landssvæðis þess, sem greindar eru í flugleiðum samkvæmt 2. lið þessarar greinar.

(2) Flugleiðir, sem heimilar eru tilnefndum flugfélögum hinna tveggja samningsríkja í millilandaflugi, skulu tilgreindar í flugáætlun, sem samið verður um með erindaskiptum.

Artikel 3

(1) Mit dem Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien kann jederzeit begonnen werden, wenn

- a) der Vertragsstaat, dem die in Artikel 2 Absatz 1 genannten Rechte gewährt sind, ein oder mehrere Unternehmen schriftlich bezeichnet hat, und
- b) der Vertragsstaat, der die Rechte gewährt, dem oder den bezeichneten Unternehmen die Genehmigung erteilt hat, den Fluglinienverkehr zu eröffnen.

(2) Der Vertragsstaat, der die Rechte gewährt, wird vorbehaltlich der Bestimmungen der Absätze 3 und 4 und vorbehaltlich der Verständigung nach Artikel 9 die Genehmigung zum Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs unverzüglich erteilen.

(3) Jeder Vertragsstaat kann von einem bezeichneten Unternehmen des anderen Vertragsstaates den Nachweis verlangen, daß es in der Lage ist, den Erfordernissen zu entsprechen, die durch die Gesetze und Vorschriften des erstgenannten Staates für die Durchführung des internationalen Luftverkehrs vorgeschrieben sind.

(4) Jeder Vertragsstaat kann einem bezeichneten Unternehmen des anderen Vertragsstaates die Ausübung der in Artikel 2 gewährten Rechte verweigern, wenn das Unternehmen nicht in der Lage ist, auf Verlangen den Nachweis zu erbringen, daß ein wesentlicher Teil des Eigentums an dem Unternehmen und seine tatsächliche Kontrolle Staatsangehörigen oder Körperschaften des anderen Vertragsstaates oder diesem selbst zustehen.

Artikel 4

(1) Jeder Vertragsstaat kann die nach Artikel 3 Absatz 2 erteilte Genehmigung widerrufen oder durch Auflagen einschränken, wenn ein bezeichnetes Unternehmen die Gesetze und Vorschriften des die Rechte gewährenden Vertragsstaates oder die Bestimmungen dieses Abkommens nicht befolgt oder die daraus sich ergebenden Verpflichtungen nicht erfüllt. Das gleiche gilt, wenn der Nachweis nach Artikel 3 Absatz 4 nicht erbracht wird. Von diesem Recht wird jeder Vertragsstaat nur nach einer Konsultation nach Artikel 13 Gebrauch machen, es sei denn, daß zur Vermeidung weiterer Verstöße gegen Gesetze oder Vorschriften eine sofortige Einstellung des Betriebes oder sofortige Auflagen erforderlich sind.

(2) Jeder Vertragsstaat hat das Recht, durch schriftliche Mitteilung an den anderen Vertragsstaat ein bezeichnetes Unternehmen durch ein anderes zu ersetzen. Das neu bezeichnete Unternehmen genießt die gleichen Rechte und unterliegt den gleichen Verpflichtungen wie das Unternehmen, an dessen Stelle es getreten ist.

Artikel 5

Die Gebühren, die in jedem Vertragsstaat für die Benutzung der Flughäfen und anderer Luftfahrteinrichtungen durch die Luftfahrzeuge eines bezeichneten Unternehmens des anderen Vertragsstaates erhoben werden, dürfen nicht höher sein als die Gebühren, die für inländische Luftfahrzeuge in ähnlichem internationalen Fluglinienverkehr erhoben werden.

Artikel 6

(1) Die Vertragsstaaten gewähren hinsichtlich der Luftfahrzeuge, die von einem bezeichneten Unternehmen des anderen Vertragsstaates ausschließlich im internationalen Fluglinienverkehr verwendet werden, die folgenden Abgabenvergünstigungen:

3. grein

(1) Millilandaflug á flugleiðum samkvæmt 2. lið 2. gr. þessa samnings má hefja hvenær sem er, að því tilskildu,

- a) að samningsriki það, sem öðlast hefur þann rétt sem 1. liður 2. gr. veitir, hefur tilkynnt skriflega flugfélag eða félög, og
- b) að samningsriki það sem réttindi þessi veitir, hefur leyft hinu tilnefnda flugfélagi eða félögum að hefja flugrekstur.

(2) Samningsriki það, sem réttindi þessir veitir skal, enda sé fullnægt ákvæðum 3. og 4. liða þessarar greinar, og í samræmi við þann skilning sem fram kemur í 9. gr. þessa samnings, veita tafarlaust leyfi til millilandaflugs.

(3) Hvort samningsriki getur krafist þess af tilnefndu flugfélagi hins samningsrikisins, að það sýni fram á að það sé fært um að fullnægja þeim kröfum, sem gerðar eru í lögum og reglugerðum fyrrnefnds ríkis um rekstur millilandaflugs.

(4) Hvoru samningsríkinu um sig er heimilt að taka aftur þau réttindi, sem gert er ráð fyrir í 2. gr. þessa samnings, og veitt hafa verið tilnefndu flugfélagi hins ríkisins, ef félagið getur ekki fært nægar sönnur að því, eftir að þess hefur verið farið á leit, að verulegur eignarhluti í því og raunveruleg stjórn þess sé í höndum ríkisborgara eða fyrirtækja hins samningsrikisins eða innan ríkisins sjálfs.

4. grein

(1) Hvort samningsriki um sig má afturkalla eða takmarka með hverskonar skilyrðum leyfi það, sem það hefur veitt samkvæmt 2. lið 3. gr., ef tilnefnt flugfélag fullnægir ekki ákvæðum laga og reglugerða þess samningsrikisins, sem veitt hefur réttindin, eða brýtur ákvæði þessa samnings eða fullnægir ekki þeim skuldbindingum, sem af honum leiða. Hið sama gildir ef sönnun skortir samkvæmt 4. lið 3. gr. Eigi skal þó samningsriki heimilt að notfæra sér slík réttindi nema að undangengnum viðræðum samkvæmt 13. gr., nema svo standi á, að fyrirvaralaust bann við frekari starfsemi eða skilyrði sem sett eru, séu nauðsynleg til að forðast frekari brot á lögum og reglugerðum.

(2) Hvoru samningsríkinu um sig er heimilt að tilnefna annað flugfélag í stað þess, sem áður var tilnefnt, enda sé það gert með skriflegri tilkynningu til hins samningsrikisins. Nýtur hið nýja félag sömu réttinda og ber sömu skyldur og hið fyrra.

5. grein

Gjöld þau, er annað samningsrikið gerir tilnefndum loftförum hins samningsrikisins að greiða fyrir afnot flugvalla og annarar þjónustu vegna loftferða, skulu eigi vera hærri en það gerir innlendum loftförum, sem notuð eru í slíku millilandaflugi, að greiða.

6. grein

(1) Hvort samningsriki um sig veitir tilnefndu félagi hins samningsrikisins ívilnun frá gjöldum af loftförum, sem eingöngu eru notuð til áætunarflugs milli landa sem hér segir:

1. Die von einem bezeichneten Unternehmen des einen Vertragsstaates verwendeten Luftfahrzeuge, die in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates einfliegen und aus ihm wieder ausfliegen oder es durchfliegen, einschließlich der an Bord befindlichen üblichen Ausrüstungsgegenstände und Ersatzteile bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben.
2. Ersatzteile und Ausrüstungsgegenstände, die in angemessenen Mengen
 - a) aus den in Nummer 1 genannten Luftfahrzeugen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates unter Zollüberwachung ausgebaut oder sonst von Bord gebracht und dort gelagert werden, oder
 - b) für diese Luftfahrzeuge in das Gebiet des anderen Vertragsstaates unter Zollüberwachung eingeführt und dort gelagert werden,
 bleiben frei von den in Nummer 1 bezeichneten Abgaben, wenn sie unter Zollüberwachung in die genannten Luftfahrzeuge eingebaut oder sonst an Bord genommen werden oder aus dem Gebiet dieses Vertragsstaates auf andere Weise wieder ausgeführt werden.

Die gleiche Abgabenbefreiung wird für solche Ersatzteile und Ausrüstungsgegenstände gewährt, die unter Zollüberwachung aus entsprechenden Lagern anderer Luftfahrtunternehmen entnommen und in die genannten Luftfahrzeuge eingebaut oder sonst an Bord genommen werden.
3. Luftfahrtbetriebsstoffe, die an Bord der in Nummer 1 genannten Luftfahrzeuge in das Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates eingebracht werden, bleiben frei von Zöllen und sonstigen bei der Ein-, Aus- und Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben, wenn sie an Bord dieser Luftfahrzeuge verbraucht werden, und zwar auch auf dem Teil der Flüge, der zwischen Orten im Hoheitsgebiet dieses Vertragsstaates stattfindet. Für Luftfahrtbetriebsstoffe, die unter Zollüberwachung im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates an Bord von Luftfahrzeugen eines bezeichneten Unternehmens genommen werden und im internationalen Fluglinienverkehr Verwendung finden, wird hinsichtlich der Zölle, der sonstigen bei der Einfuhr, Ausfuhr oder Durchfuhr von diesen Waren erhobenen Abgaben sowie hinsichtlich besonderer Verbrauchsabgaben die gleiche Behandlung gewährt, die ein inländisches Luftfahrtunternehmen oder ein Luftfahrtunternehmen einer meistbegünstigten Nation genießt. Sollte ein Vertragsstaat in Anwendung dieses Grundsatzes für die genannten Waren unter den genannten Voraussetzungen keine Befreiung von den Eingangsabgaben oder von besonderen Verbrauchsabgaben gewähren, hat auch der andere Staat das Recht, für die in seinem Hoheitsgebiet an Bord von Luftfahrzeugen eines bezeichneten Unternehmens des anderen Vertragsstaates genommenen Luftfahrtbetriebsstoffe Eingangsabgaben oder besondere Verbrauchsabgaben zu erheben.
4. Die an Bord der in Nummer 1 genannten Luftfahrzeuge eingebrachten Nahrungs- und Genußmittel, die zum Verbrauch durch die Fluggäste und Besatzungsmitglieder bestimmt sind, dürfen im Hoheitsgebiet des anderen Vertragsstaates frei von Zöllen und sonstigen bei der Ein-, Aus-
1. Loftför þau, er tilnefnt flugfélag annars samningsríkisins notar til aðflugs til landssvæðis hins samningsríkisins, brottflugs þaðan eða flugferðum, svo og venjulegur útbúnaður og varahlutir, sem eru í loftförum þessum, skulu undanþeginn tollum og öðrum gjöldum, sem lögð eru á vörur vegna innflutnings, útflutnings eða umflutnings.
2. Varahlutir og annar útbúnaður, sem í hóflegu magni
 - a) tekinn er úr loftförum þeim sem um ræðir í 1. lið hér að framan eða á annan hátt lagður á land til geymslu undir tolleftirliti í landi hins samningsríkisins, eða
 - b) fluttur er inn í hitt samningsríkið og geymdur þar undir tolleftirliti handa slíkum loftförum,
 skal undanþeginn gjöldum þeim, er í 1. lið hér að framan greinir, ef honum er annaðhvort komið fyrir eða á annan hátt tekinn um borð í loftfarið undir tolleftirliti eða á annan hátt fluttur aftur út af landssvæði hins samningsríkisins.

Sama undanþága frá gjöldum nær einnig til varahluta og annars útbúnaðar, sem fluttur er úr tilsvarandi geymslu annarra flugfélaga og komið fyrir í eða á annan hátt tekinn um borð í nefnd loftför undir tolleftirliti.
3. Rekstursnauðsynjar flugfara sem fluttar eru til landssvæðis hins samningsríkisins um borð í loftförum þeim, sem í 1. lið greinir skulu undanþegnar tollum og öðrum gjöldum, sem lögð eru á vörur vegna innflutnings, útflutnings og umflutnings, ef þær eru notaðar í flugvélinni, og gildir þetta einnig um sérhvert flug milli staða innan landssvæðis þess samningsríkis. Rekstursnauðsynjar flugfara, sem með tolleftirliti er tekið í flugför tilnefnds flugfélags í landi hins samningsaðilans, og sem notað er í millilandaflugi flugfélagsins, njóta, hvað varðar tolla, eða önnur gjöld, sem innheimt eru við innflutning, útflutning eða umflutning þessara nauðsynja, svo og hvað varðar sérstök neytluggjöld, sömu kjara, og þeirra, sem gilda fyrir innlend flugfélög, eða flugfélag þeirra ríkja, er njóta beztu kjara. Ef samningsríki, sem fylgir þessari megin reglu, hvað varðar ofangreindar vörur, og við ofangreind skilyrði, losar ekki hinn samningsaðilann undan innflutningsgjöldum eða sérstökum neytluggjöldum, hefir einnig hitt ríkið rett til að krefjast innflutningsgjalda eða sérstakra neytlugjalda, af þeim rekstursnauðsynjum, sem flugför tilnefnds flugfélags hins aðilans taka í landi hans.
4. Matarföng og neytluvörur, sem að eru flutt í loftförum þeim er greinir í 1. lið og ætluð eru farþegum og áhöfn, skulu á landssvæði hins samningsríkisins undanþeginn öllum tollum og öðrum gjöldum á vörum, sem annars er krafizt vegna innflutnings, útflutnings og umflutnings,

und Durchfuhr von Waren erhobenen Abgaben zum alsbaldigen Verbrauch an Bord ausgegeben werden, soweit die Luftfahrzeuge bei Zwischenlandungen ständig zollamtlich überwacht werden können.

(2) Soweit für die in Absatz 1 genannten Waren Abgaben nicht erhoben werden, unterliegen sie nicht den sonst für sie geltenden wirtschaftlichen Ein-, Aus- und Durchfuhrverboten und -beschränkungen.

Artikel 7

(1) Den bezeichneten Unternehmen jedes Vertragsstaates ist in billiger und gleicher Weise Gelegenheit zu geben, den Betrieb auf jeder der nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien durchzuführen.

(2) Bei dem Betrieb des internationalen Fluglinienverkehrs auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien hat ein bezeichnetes Unternehmen eines Vertragsstaates auf die Interessen eines bezeichneten Unternehmens des anderen Vertragsstaates Rücksicht zu nehmen, damit der ganz oder teilweise auf den gleichen Linien von diesem Unternehmen betriebene Fluglinienverkehr nicht ungebührlich beeinträchtigt wird.

(3) Der internationale Fluglinienverkehr auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien soll vor allem dazu dienen, ein Beförderungsangebot bereit zu stellen, das der voraussehbaren Verkehrsnachfrage nach und von dem Hoheitsgebiet des Vertragsstaates entspricht, der das Unternehmen bezeichnet hat. Das Recht dieses Unternehmens, Beförderungen zwischen den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten, im anderen Vertragsstaat gelegenen Punkten einer Linie und Punkten in dritten Staaten auszuführen, ist im Interesse einer geordneten Entwicklung des internationalen Luftverkehrs so auszuüben, daß das Beförderungsangebot angepaßt ist

- a) an die Nachfrage nach Verkehrsmöglichkeiten von und nach dem Hoheitsgebiet des Vertragsstaates, der das Unternehmen bezeichnet hat,
- b) an die in den durchflogenen Gebieten bestehende Verkehrsnachfrage unter Berücksichtigung der örtlichen und regionalen Linien,
- c) an die Erfordernisse eines wirtschaftlichen Betriebes der Fluglinien des Durchgangsverkehrs.

Artikel 8

(1) Die bezeichneten Unternehmen teilen den Luftfahrtbehörden beider Vertragsstaaten spätestens einen Monat vor Beginn des Betriebes auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien die Art des Betriebes, die vorgesehenen Flugzeugmuster und die Flugpläne mit. Das gleiche gilt für spätere Änderungen.

(2) Die Luftfahrtbehörde des einen Vertragsstaates wird der Luftfahrtbehörde des anderen Vertragsstaates auf deren Ersuchen alle regelmäßigen oder sonstigen statistischen Unterlagen der bezeichneten Unternehmen übermitteln, die billigerweise angefordert werden können, um das auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien von einem bezeichneten Unternehmen des erstgenannten Vertragsstaates bereitgestellte Beförderungsangebot zu überprüfen. Diese Unterlagen haben alle Angaben zu enthalten, die zur Feststellung des Umfangs sowie der Herkunft und Bestimmung des Verkehrs erforderlich sind.

Artikel 9

(1) Die Tarife, die auf den nach Artikel 2 Absatz 2 festgelegten Linien für Fluggäste und Fracht anzuwenden sind, werden unter Berücksichtigung aller Umstände,

aß því er tekur til tafarlausrar neyzlu um borð i farinu, enda sé það undir stöðugu toleftirliti, ef millilending á sér stað.

(2) Að svo miklu leyti, sem vörur þær, sem getur í 1. lið, eru undanþegnar gjöldum, eru þær einnig undanþegnar hverskonar viðskiptaböllum og hömlum á innflutningi, útflutningi og umflutningi sem annars væru gildandi.

7. grein

(1) Tilnefnd félög hvors samningsaðila um sig skulu hafa sanngjarna og jafna aðstöðu til flugreksturs sem gert er ráð fyrir í 2. lið 2. gr. samnings þessa.

(2) Í rekstri áætlunarflugs þess milli landa, sem gert er ráð fyrir í 2. lið 2. gr. samnings þessa, skal tilnefnt félag samningsríkis taka tillit til hagsmuna tilnefnds félags hins samningsríkisins, þannig að eigi sé óhæfilega íþyngt þeirri þjónustu, sem slík félög bjóða á sömu leiðum eða á hluta þeirra.

(3) Við rekstur áætlunarflugs milli landa, sem gert er ráð fyrir á flugleiðum samkvæmt 2. lið 2. gr. samnings þessa, skal fyrst og fremst miðað við það að nægileg flutningsgeta sé fyrir hendi til þess að annast fyrirsjáanlega flutningsþörf til og frá landssvæði samningsríkis þess, er tilnefnt hefur félagið. Rétti slíkra félaga til flutninga milli þeirra staða, á flugleið samkvæmt 2. lið 2. gr. samnings þessa og eru á landssvæði hins samningsríkisins, og þriðja ríkis, skal beitt í þeim tilgangi að efla reglubundna þróun loftflutninga landa í milli, og skal þá gert ráð fyrir því að flutningsgetan sé miðuð við:

- a) flutningsþörf til og frá landssvæði samningsríkis þess, er tilnefnt hefur flugfélagið,
- b) flutningsþörf landssvæðis þess, sem um er flogið, og skal þá tillit tekið til áætlunarflugs á þeim stað og í því héraði, og
- c) þörf fyrir hagkvæmum rekstursgrundvelli langleiðaflugs.

8. grein

(1) Hin tilnefndu flugfélög skulu í síðasta lagi mánuði áður en flugrekstur hefst á leiðum þeim, sem gert er ráð fyrir í 2. lið 2. gr. samnings þessa, skýra flugmálastjórnnum beggja samningsríkja frá eðli rekstrar, flugvélategundum, sem ætlunin er að nota og flugáætlunum. Sama gildir um síðari breytingar.

(2) Sé þess óskað, er flugmálastjórnnum samningsríkjanna skylt að láta hvor annarri í té allar venjulegar tölulegar og aðrar skýrslur um tilnefnd félög að svo miklu leyti, sem með sanngirni er hægt að krefjast þeirra við endurskoðun flutningsgetu sérhvers flugfélags tilnefndu af hinu samningsríkinu, á þeim flugleiðum sem gert er ráð fyrir í 2. lið 2. gr. samnings þessa. Þessar skýrslur skulu hafa að geyma allar þær upplýsingar sem nauðsynlegar eru til þess að ákveða magn það, sem flutt er, hvaðan slíkur flutningur kemur og hvert hann er fluttur.

9. grein

(1) Ákveða skal gjöld fyrir farþega og farm, á flugleiðum þeim, sem gert er ráð fyrir í 2. lið 2. gr. samnings þessa, með tilliti til allra aðstæðna, svo sem rekstrar-

wie der Kosten des Betriebes, eines angemessenen Gewinns, der besonderen Gegebenheiten der verschiedenen Linien und der von anderen Unternehmen, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, angewendeten Tarife festgesetzt. Bei der Festsetzung soll nach den Bestimmungen der folgenden Absätze verfahren werden.

(2) Die Tarife werden, wenn möglich, für jede Linie durch Vereinbarung der beteiligten bezeichneten Unternehmen festgesetzt. Hierbei sollen sich die bezeichneten Unternehmen nach den Beschlüssen richten, die auf Grund des Tariffestsetzungsverfahrens des Internationalen Luftverkehrsverbandes (IATA) angewendet werden können, oder die bezeichneten Unternehmen sollen sich nach einer Beratung mit den Luftverkehrsunternehmen dritter Staaten, welche die gleiche Linie ganz oder teilweise betreiben, wenn möglich unmittelbar untereinander verständigen.

(3) Die auf diese Weise festgesetzten Tarife werden den Luftfahrtbehörden beider Vertragsstaaten spätestens einen Monat vor dem in Aussicht genommenen Inkrafttreten der Tarife zur Genehmigung vorgelegt. Dieser Zeitraum kann in besonderen Fällen verkürzt werden, wenn die Luftfahrtbehörden damit einverstanden sind.

(4) Kommt zwischen den bezeichneter Unternehmen eine Einigung nach Absatz 2 nicht zustande oder erklärt sich ein Vertragsstaat mit den ihm nach Absatz 3 zur Genehmigung vorgelegten Tarifen nicht einverstanden, so sollen die Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsstaaten die Tarife derjenigen Linien und Linienteile, für die eine Übereinstimmung nicht zustande gekommen ist, durch Vereinbarung festsetzen.

(5) Kommt zwischen den Luftfahrtbehörden der beiden Vertragsstaaten eine Vereinbarung nach Absatz 4 nicht zustande, so findet Artikel 14 Anwendung. Solange der Schiedsspruch nicht ergangen ist, hat der Vertragsstaat, der sich mit einem Tarif nicht einverstanden erklärt, das Recht, von dem anderen Vertragsstaat die Aufrechterhaltung der vorher in Kraft befindlichen Tarife zu verlangen.

Artikel 10

Tritt ein von beiden Vertragsstaaten angenommenes allgemeines mehrseitiges Luftverkehrsabkommen in Kraft, so gehen dessen Bestimmungen vor. Erörterungen über die Feststellung, inwieweit ein mehrseitiges Abkommen dieses Abkommen aufhebt ändert oder ergänzt, finden nach Artikel 13 dieses Abkommens statt.

Artikel 11

Jedes bezeichnete Unternehmen eines Vertragsstaates darf in den Flughäfen des anderen Vertragsstaates und in den Städten des anderen Vertragsstaates, in denen es eine eigene Vertretung zu unterhalten beabsichtigt, sein eigenes Personal für seine Geschäfte unterhalten und beschäftigen. Wenn ein bezeichnetes Unternehmen von einer eigenen Organisation in den Flughäfen des anderen Vertragsstaates absieht, soll es nach Möglichkeit die in Betracht kommenden Arbeiten durch das Personal der Flughäfen oder eines bezeichneten Unternehmens des anderen Vertragsstaates ausführen lassen.

Artikel 12

Zwischen den Luftfahrtbehörden der Vertragsstaaten findet nach Bedarf ein Meinungs austausch statt, um eine enge Zusammenarbeit und eine Verständigung in allen die Anwendung und Auslegung dieses Abkommens berührenden Angelegenheiten herbeizuführen.

kostnaðar, hæfilegs ágóða, sérstakra aðstæðna á hinum ýmsu leiðum, svo og gjaldskráa annarra flugfélaga, sem flugþjónustu reka á sömu leiðum eða hluta þeirra. Við ákvörðun gjaldanna, skulu höfð í huga þau ákvæði þessarar greinar er á eftir fara.

(2) Gjöldin á hverri flugleið skulu ákveðin með samningum milli hinna tilnefndu flugfélaga ef því verður viðkomandi. Skulu hin tilnefndu flugfélög í þessu efni laga sig eftir þeirri aðferð, sem alþjóðalof flutningasambandið (IATA) notar við að ákveða gjaldskrá, eða, ef því verður við komið, semja beint um gjöldin sín á milli, eftir að leitað hefir verið álits flugfélaga annara ríkja, sem flutning stunda á sömu leiðum eða hluta þeirra.

(3) Gjaldskrár þær, sem á þennan hátt hefur verið samið um, skulu lagðar fyrir flugmálastjórnir beggja samningsríkjanna til samþykktar eigi síðar en mánuði áður en áætlað er að þær komi til framkvæmda. Stytta má þennan frest, ef sérstaklega stendur á og flugmálastjórnirnar fallast á það.

(4) Nú koma tilnefnd flugfélög sér eigi saman, svo sem ráð er fyrir gert í 2. lið þessarar greinar, eða ef annað samningsríkjanna vill eigi viðurkenna gjaldskrá, sem fram hefur verið lögð til samþykkis þess samkvæmt 3. lið og skulu þá flugmálastjórnir beggja samningsríkjanna ákveða gjaldskrá með gagnkvæmu samkomulagi fyrir leiðir þær eða hluta þeirra, sem samningur hefur eigi náðst um.

(5) Nú næst eigi samkomulag milli flugmálastjórna beggja samningsríkja samkvæmt ákvæðum 4. liðs þessarar greinar og skal þá fara eftir ákvæðum 14. gr. samnings þessa. Á meðan beðið er eftir úrskurði gerðardóms, getur samningsríki það, er eigi var samþykkt gjöldunum krafizt þess, að hitt ríkið haldi áfram að miða við sömu gjöld og áður giltu.

10. grein

Nú gengur í gildi alþjóðalof flutningasamningur, sem samþykktur hefur verið af báðum samningsríkjunum, og skulu þá ákvæði þess samnings hafa gildi umfram ákvæði þessa samnings, ef á milli ber. Ef viðræður fara fram til þess að ákvarða að hve miklu leyti ákvæði alþjóðasamnings afnemi, breyti eða bæti við þennan samning, skulu þær fara fram samkvæmt ákvæðum 13. gr.

11. grein

Hverju því félagi, sem annaðhvort samningsríkjanna hefur tilnefnt, skal heimilt að hafa eigin starfsmenn til þess að annast viðskipti þess á flugvöllum hins samningsríkisins og í þeim borgum þess þar sem það óskar að hafa eigið umboð. Ef tilnefnt félag kemur ekki á fót eigin afgreiðslukerfi á flugvöllum hins samningsríkisins, ber því, ef því verður við komið, að láta starfsmenn flugvallarins eða tilnefnds flugfélags hins samningsríkisins, annast þau störf.

12. grein

Flugmálayfirvöld samningsríkjanna skulu eftir þörfum skiptast á skoðunum í því skyni að tryggja nána samvinnu og skilning á framkvæmd samnings þessa og túlkun hans.

Artikel 13

Zur Erörterung der Änderungen dieses Abkommens oder des Fluglinienplans kann ein Vertragsstaat jederzeit eine Konsultation beantragen. Das gleiche gilt für die Erörterung der Auslegung und Anwendung des Abkommens, wenn ein Meinungs austausch nach Artikel 12 nach Ansicht eines Vertragsstaates ohne Erfolg geblieben ist. Die Konsultation beginnt innerhalb einer Frist von 60 Tagen nach Eingang des Antrags.

Artikel 14

(1) Soweit eine Meinungsverschiedenheit über die Anwendung oder Auslegung dieses Abkommens nicht nach Artikel 13 beigelegt werden kann, ist sie auf Antrag eines Vertragsstaates einem Schiedsgericht zu unterbreiten.

(2) Das Schiedsgericht wird von Fall zu Fall in der Weise gebildet, daß jeder Vertragsstaat ein Mitglied bestellt und diese sich auf den Angehörigen eines dritten Staates als Obmann einigen. Werden die Mitglieder nicht innerhalb von zwei Monaten, der Obmann nicht innerhalb von drei Monaten bestellt, nachdem ein Vertragsstaat seine Absicht, das Schiedsgericht anzurufen, bekanntgegeben hat, kann in Ermangelung einer anderen Vereinbarung jeder Vertragsstaat den Präsidenten des Rates der ICAO bitten, die erforderlichen Ernennungen vorzunehmen. Für den Fall, daß der Präsident die Staatsangehörigkeit eines der beiden Vertragsstaaten besitzt oder aus anderem Grunde verhindert ist, soll sein Stellvertreter im Amt die erforderlichen Ernennungen vornehmen.

(3) Das Schiedsgericht entscheidet mit Stimmenmehrheit. Die Entscheidungen sind bindend. Jeder Vertragsstaat trägt die Kosten seines Mitgliedes. Die übrigen Kosten werden von beiden Vertragsstaaten zu gleichen Teilen getragen. Im übrigen regelt das Schiedsgericht sein Verfahren selbst.

Artikel 15

Dieses Abkommen, alle seine Änderungen und jeder Notenaustausch nach Artikel 2 Absatz 2 werden der Internationalen Zivilluftfahrt-Organisation zur Registrierung mitgeteilt.

Artikel 16

(1) Dieses Abkommen bedarf der Ratifizierung. Die Ratifikationsurkunden werden so bald wie möglich in Reykjavik ausgetauscht.

(2) Das Abkommen tritt einen Monat nach Austausch der Ratifikationsurkunden in Kraft.

(3) Jeder Vertragsstaat kann dieses Abkommen jederzeit kündigen. Das Abkommen tritt ein Jahr nach Eingang der Kündigung bei dem anderen Vertragsstaat außer Kraft.

GESCHEHEN zu Bonn am 12. August 1959 in zwei Urschriften, jede in deutscher und isländischer Sprache, wobei jeder Wortlaut gleichermaßen verbindlich ist.

Für die Bundesrepublik Deutschland:
von Merkatz

Für die Republik Island:
Helgi P. Briem

13. grein

Hvort samningsríkja um sig getur hvenær sem er farið fram á viðræður um breytingar á samningi þessum eða flugleiðaáætlun. Hið sama skal gilda um viðræður varðandi túlkun og framkvæmd þessa samnings, ef annað samningsríkið telur að viðræður samkvæmt 12. gr. hafi ekki borið árangur. Slikar viðræður skulu hefjast innan 60 daga frá þeim degi er tilmæli um þær bást.

14. grein

(1) Rísi ágreiningur út af túlkun eða framkvæmd samnings þessa og ekki reynist unnt að ná samkomulagi í samræmi við 13. gr. þessa samnings, skal hann lagður fyrir gerðardóm ef annaðhvort samningsríkja æskir þess.

(2) Gerðardóminn skal hverju sinni skipa þannig, að hvort samningsríki um sig tilnefni einn fulltrúa, hinir tveir fulltrúar skulu síðan koma sér saman um ríkisborgara þriðja ríkis sem formann dómsins. Hafi fulltrúar eigi verið tilnefndir innan tveggja mánaða, og formaður innan þriggja mánaða frá því að tilkynning annars hvors samningsríkisins barst með beiðni um gerðardóm, getur hvort samningsríkjanna um sig, ef ekki hefur náðst samkomulag um annað, farið þess á leit að forseti ráðs alþjóðaflugmálastofnunarinnar (ICAO) annist nauðsynlega tilnefningu. Ef forseti er ríkisborgari annars hvors samningsríkjanna eða getur af öðrum ástæðum ekki annast þetta starf, skal varamaður hans sjá um nauðsynlegar tilnefningar.

(3) Í gerðardóminum ræður afl atkvæða. Úrskurður hans er bindandi. Hvort samningsríkjanna um sig skal greiða kostnað fulltrúa síns. Öðrum kostnaði skulu samningsríkin skipta með sér að jöfnu. Að öðru leyti ákveður gerðardómurinn dómsköp sín.

15. grein

Samning þennan, sérhverja breytingu á honum og erindaskipti samkvæmt 2. lið 2. gr. skal senda alþjóðaflugmálastofnuninni til skrásetningar.

16. grein

(1) Samningur þessi skal fullgiltur. Skipzt skal á fullgildingarskjölum eins fljótt og auðið er í Reykjavík.

(2) Samningur þessi gengur í gildi einum mánuði eftir að skipzt hefur verið á fullgildingarskjölum.

(3) Hvort samningsríkjanna um sig getur hvenær sem er sagt samningi þessum upp. Samningurinn fellur úr gildi einu ári eftir að slík uppsögn hefur borizt hinu samningsríkinu.

GERT í Bonn, 12. August 1959, í tveim eintökum á þýzku og íslenzku, og eru báðir textar jafngildir.

f. h.
Sambandslýðveldisins Þýzkalands
von Merkatz

f. h.
Lýðveldisins Íslands
Helgi P. Briem

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Allgemeinen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates und des Zusatzprotokolls zu diesem Abkommen (Inkrafttreten für die Türkei)

Vom 30. April 1960

Das in Paris am 2. September 1949 unterzeichnete Allgemeine Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates

und das in Straßburg am 6. November 1952 unterzeichnete Zusatzprotokoll zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates

(Bundesgesetzbl. 1954 II S. 493; 1957 II S. 261)

sind nach Artikel 7 Buchstabe c des Zusatzprotokolls für

die Türkei am 7. Januar 1960
in Kraft getreten.

Die Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. Januar 1958 (Bundesgesetzbl. II S. 61).

Bonn, den 30. April 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knapstein

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern

Vom 12. Mai 1960

Auf Grund des Artikels 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 26. November 1959 zum Abkommen vom 23. August 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 1269) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen einschließlich des Schlußprotokolls zu diesem Abkommen nach seinem Artikel 28 Abs. 1

am 6. Juni 1960

in Kraft tritt.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 6. Mai 1960 ausgetauscht worden.

Bonn, den 12. Mai 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knapstein

Bekanntmachung über die Kündigung des Abkommens betreffend den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflichten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten und des Abkommens über die Entmündigung und gleichartige Fürsorgemaßregeln durch Schweden

Vom 4. Mai 1960

Das in Den Haag am 17. Juli 1905 unterzeichnete Abkommen betreffend den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflichten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten (Reichsgesetzbl. 1912 S. 453)

sowie das in Den Haag am 17. Juli 1905 unterzeichnete Abkommen über die Entmündigung und gleichartige Fürsorgemaßregeln (Reichsgesetzbl. 1912 S. 463)

sind von Schweden am 1. März 1960 gekündigt worden.

Die Abkommen treten somit nach ihren Artikeln 15 Abs. 4 und 19 Abs. 4 für

Schweden am 23. August 1962
außer Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 188).

Bonn, den 4. Mai 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knapstein

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Allgemeinen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates und des Zusatzprotokolls zu diesem Abkommen (Inkrafttreten für die Türkei)

Vom 30. April 1960

Das in Paris am 2. September 1949 unterzeichnete Allgemeine Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates

und das in Straßburg am 6. November 1952 unterzeichnete Zusatzprotokoll zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates

(Bundesgesetzbl. 1954 II S. 493; 1957 II S. 261)

sind nach Artikel 7 Buchstabe c des Zusatzprotokolls für

die Türkei am 7. Januar 1960
in Kraft getreten.

Die Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. Januar 1958 (Bundesgesetzbl. II S. 61).

Bonn, den 30. April 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knapstein

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern

Vom 12. Mai 1960

Auf Grund des Artikels 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 26. November 1959 zum Abkommen vom 23. August 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 1269) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen einschließlich des Schlußprotokolls zu diesem Abkommen nach seinem Artikel 28 Abs. 1

am 6. Juni 1960

in Kraft tritt.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 6. Mai 1960 ausgetauscht worden.

Bonn, den 12. Mai 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knapstein

Bekanntmachung über die Kündigung des Abkommens betreffend den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflichten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten und des Abkommens über die Entmündigung und gleichartige Fürsorgemaßregeln durch Schweden

Vom 4. Mai 1960

Das in Den Haag am 17. Juli 1905 unterzeichnete Abkommen betreffend den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflichten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten (Reichsgesetzbl. 1912 S. 453)

sowie das in Den Haag am 17. Juli 1905 unterzeichnete Abkommen über die Entmündigung und gleichartige Fürsorgemaßregeln (Reichsgesetzbl. 1912 S. 463)

sind von Schweden am 1. März 1960 gekündigt worden.

Die Abkommen treten somit nach ihren Artikeln 15 Abs. 4 und 19 Abs. 4 für

Schweden am 23. August 1962
außer Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 188).

Bonn, den 4. Mai 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knapstein

Bekanntmachung über den Geltungsbereich des Allgemeinen Abkommens über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates und des Zusatzprotokolls zu diesem Abkommen (Inkrafttreten für die Türkei)

Vom 30. April 1960

Das in Paris am 2. September 1949 unterzeichnete Allgemeine Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates

und das in Straßburg am 6. November 1952 unterzeichnete Zusatzprotokoll zum Allgemeinen Abkommen über die Vorrechte und Befreiungen des Europarates

(Bundesgesetzbl. 1954 II S. 493; 1957 II S. 261)

sind nach Artikel 7 Buchstabe c des Zusatzprotokolls für

die Türkei am 7. Januar 1960
in Kraft getreten.

Die Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 10. Januar 1958 (Bundesgesetzbl. II S. 61).

Bonn, den 30. April 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knapstein

Bekanntmachung über das Inkrafttreten des Abkommens zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern

Vom 12. Mai 1960

Auf Grund des Artikels 3 Abs. 2 des Gesetzes vom 26. November 1959 zum Abkommen vom 23. August 1958 zwischen der Bundesrepublik Deutschland und dem Großherzogtum Luxemburg zur Vermeidung der Doppelbesteuerungen und über gegenseitige Amts- und Rechtshilfe auf dem Gebiete der Steuern vom Einkommen und vom Vermögen sowie der Gewerbesteuern und der Grundsteuern (Bundesgesetzbl. 1959 II S. 1269) wird hiermit bekanntgemacht, daß das Abkommen einschließlich des Schlußprotokolls zu diesem Abkommen nach seinem Artikel 28 Abs. 1

am 6. Juni 1960

in Kraft tritt.

Die Ratifikationsurkunden sind in Bonn am 6. Mai 1960 ausgetauscht worden.

Bonn, den 12. Mai 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knapstein

Bekanntmachung über die Kündigung des Abkommens betreffend den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflichten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten und des Abkommens über die Entmündigung und gleichartige Fürsorgemaßregeln durch Schweden

Vom 4. Mai 1960

Das in Den Haag am 17. Juli 1905 unterzeichnete Abkommen betreffend den Geltungsbereich der Gesetze in Ansehung der Wirkungen der Ehe auf die Rechte und Pflichten der Ehegatten in ihren persönlichen Beziehungen und auf das Vermögen der Ehegatten (Reichsgesetzbl. 1912 S. 453)

sowie das in Den Haag am 17. Juli 1905 unterzeichnete Abkommen über die Entmündigung und gleichartige Fürsorgemaßregeln (Reichsgesetzbl. 1912 S. 463)

sind von Schweden am 1. März 1960 gekündigt worden.

Die Abkommen treten somit nach ihren Artikeln 15 Abs. 4 und 19 Abs. 4 für

Schweden am 23. August 1962
außer Kraft.

Diese Bekanntmachung ergeht im Anschluß an die Bekanntmachung vom 14. Februar 1955 (Bundesgesetzbl. II S. 188).

Bonn, den 4. Mai 1960

Der Bundesminister des Auswärtigen
In Vertretung
Knapstein